

Offene Worte

Online Nr. 216

Zeitung der LINKEN für den Barnim 22. Jan. 2023, 32. Jahrg.



Quelle: GdW-Umfrage

32% der für 2023/2024 geplanten bezahlbaren Wohnungen und **21%** der Sozialwohnungen können nicht gebaut werden.

Hauptgrund: nicht verlässliche und unzureichende Förderpolitik der Bundesregierung.

Wohnungen
2. Kanzleramt

Foto: DIE LINKE im Bundestag/ig

Sozialwohnungen bauen!

„Es sagt viel über die Regierung aus, dass sie es nicht schafft, die versprochenen 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen, aber in Windeseile ein 2. Kanzleramt mit Hubschrauberlandeplatz errichten will“, sagt die Abgeordnete Gesine Lötsch auf dem Instagram-Kanal der Bundestagsfraktion der LINKEN. „Der Erweiterungsbau soll 777,3 Millionen Euro verschlingen. Davon könnten auch 6.240 Wohnungen à 60 Quadratmeter gebaut werden!“, ergänzt Bundestagsabgeordnete Caren Lay.

Die am 18. Januar veröffentlichte GdW-Umfrage unter sozial orientierten Wohnungsunternehmen zeigt eine dramatische Entwicklung: Bezahlbarer Wohnungsbau bricht 2023/2024 um ein Drittel ein. Hauptgrund: Unzuverlässige und unzureichende Förderpolitik der Bundesregierung. Am 18. Januar forderte deshalb DIE LINKE vor dem Kanzleramt: Den verschwenderischen Luxusbau gar nicht erst bauen! ig

Mehr dazu: 23. Januar, 19 Uhr, Kulturhof Bernau, Breitscheidstraße 43: Lesung und Diskussion mit Caren Lay, Veranstalter: DIE LINKE Bernau, Eintritt frei.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Der 27. Januar ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Stadt Bernau organisiert dazu Gedenkveranstaltungen: **10 Uhr** Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Kirche in Schönow. **11 Uhr**, Gedenken am OdF-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau.

DIE LINKE Bernau ruft dazu auf, sich an diesem Gedenken zu beteiligen.

In Panketal rufen DIE LINKE und demokratische Parteien und Wählergruppen zur Teilnahme auf: **17 Uhr**, Gedenkstein Am Anger, Alt-Zepernick 22.

PCK Schwedt – gefährliches Spiel für Brandenburg

Warum werden die Liefermöglichkeiten für Öl nicht ausgereizt?

Mehr Fragen als Antworten: Bundestagsabgeordneter der LINKEN macht sich Bild in Kasachstan

Im Mai 2022 hat die Bundesrepublik beschlossen, freiwillig auf Erdöl aus Russland zu verzichten. Die besondere Betonung liegt hier auf „freiwillig“. Auf Grund massiver Abhängigkeiten einiger EU-Staaten in Osteuropa, beispielsweise der Tschechischen Republik oder der Slowakei, gilt das Embargo der EU nur für Öl über den Seeweg und nicht für Pipeline-Öl.

Die Bundesrepublik hat sich selbstständig dafür entschlossen auch auf Pipeline-Öl zu verzichten, dabei gab es vor allem bei der PCK-Raffinerie in Schwedt eine 100-prozentige Abhängigkeit von Öl aus Russland. Vielleicht ist der „Ampel“ diese Entscheidung deshalb so leicht gefallen, da die verbliebene Importmenge russischen Erdöls sich ausschließlich auf Ostdeutschland bezieht. Deshalb behaupte ich, hätte diese Raffinerie z. B. in Wilhelmshafen gelegen, hätte es nie eine solche politische Entscheidung gegeben. Wie immer haben wir eine von westdeutschen Horizonten geprägte Regierung.

Der Parlamentarische Staatssekretär Michael Kellner (Grüne) hat

immer wieder betont, dass mit Kasachstan über Lieferung verhandelt wird. Kurz vor Embargobeginn am 1. Januar 2023 war immer noch nicht klar, wie die PCK-Raffinerie zukünftig beliefert werden sollte, obwohl es das Angebot aus Kasachstan, beachtliche Mengen zu liefern, bereits seit Sommer 2022 gibt!

Die Bundestagsdebatte am 15. Dezember 2022 zum Antrag der LINKEN: „PCK Schwedt Raffinerie retten und transformieren – Deindustrialisierung Ostdeutschlands verhindern“ und die Wortbeiträge von Michael Kellner sowie von weiteren Abgeordneten aus der Ampelkoalition zeigte, dass es hier mehr offene Fragen als Antworten regierungsseits gab und dringend erforderlich, sich selbst ein eigenes Bild über die Lage zu verschaffen. Deswegen entschloss ich mich im Dezember nach Kasachstan zu reisen und eigene Gespräche zu führen.

Meine Gespräche am 19. und 20. Dezember 2022 mit dem stellvertretenden Energieminister Kasachstans und dem Vorstandsvorsitzenden des kasachischen staatlichen Ölunternehmens Kas-

MunayGas in Astana haben den Eindruck verstärkt, dass die Bundesregierung bei der Versorgung des PCK mit kasachischem Öl zurückhaltend agiert. Trotz der Offenheit der Kasachen, fünf bis sechs Millionen Tonnen kasachisches Öl pro Jahr für Schwedt zu liefern, war bis Embargo-Beginn nichts in trockenen Tüchern. Ergänzend zu den Lieferungen über den Hafen Rostock könnte mit dem kasachischen Öl nahezu eine Vollaustattung der PCK Raffinerie erreicht werden und nicht wie zu Beginn des Januars nur eine Auslastung von 50 Prozent, die sarkastischerweise auch noch als Erfolg verkauft wird. Die Bundesregierung hat fahrlässig Zeit verschenkt und das zu Lasten des größten Raffineriestandortes in Ostdeutschland.

Schließlich gab es seit Mai 2022 ausreichend Zeit und Möglichkeiten, die Versorgung sicherzustellen. Auf Grundlage dieser Informationen und der prekären Versorgungslage hatte die Linksfraktion für den 9. Januar eine Sondersitzung des Ausschusses für Energie des Bundestages einberufen. Auch dort konnte

die Bundesregierung keine genauen Angaben machen, wann wie viel Öl nach Schwedt kommt.

Am 11. Januar wurden vom Energieministerium in Kasachstan jetzt endlich Lieferungen angekündigt. Allerdings sollen erstmal nur ca. 20.000 Tonnen kommen. Zum Vergleich: rund 800.000 Tonnen pro Monat kam bisher monatlich aus Russland. Die Liefermenge soll auf insgesamt ca. 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Lieferungen über Rostock (5 Millionen Tonnen) kommen dann insgesamt nur 6,2 Millionen Tonnen in Schwedt an. Wie viel Polen liefern wird, ist weiterhin unklar. Bei maximaler Auslastung der Raffinerie werden 12 Millionen Tonnen pro Jahr benötigt.

Warum die Bundesregierung, die per Treuhandschaft über die Anteile von Rosneft an der PCK verfügt, die erheblichen Lieferpotentiale nicht ausschöpft, bleibt ein Rätsel.

Christian Görke,
Bundestagsabgeordneter
der LINKEN
(leicht gekürzt)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
25. Januar 2023